

USA tricksen Schweiz bei Steuer- Abkommen aus

01.09.13

Im Streit um Steuerflüchtlinge haben die Amerikaner die Schweiz über den Tisch gezogen. Zwar gibt es nun ein Abkommen - doch das schützt US-Anleger in der Schweiz in keiner Weise. Die US-Steuerbehörde IRS ist nämlich nicht an das Abkommen gebunden und kann Anzeige gegen Schweizer Banken erstatten. Steuer-Sünder werden mit Geldbußen von bis zu 50 Prozent ihrer Einlagen bestraft.

Nachdem eine Beilegung des Steuerstreits zwischen der Schweiz und den USA im Juni gescheitert war (Lex USA), haben die Länder sich nun auf eine Vorgehensweise zur Bekämpfung von Steuerflucht aus der USA geeinigt. Das neue Abkommen beruht auf einer Vereinbarung zur Verständigung und einem Selbstanzeigeprogramm. Der entscheidende Vorteil für die USA: **Die Steuerbehörde Internal Revenue Service (IRS) ist nicht an diese Übereinkunft gebunden** und darf eigenwillig US-Steuerflüchtige sowie Schweizer Banken anzeigen.

„Weder der IRS noch die lokalen US-Staatsanwälte sind an das Abkommen gebunden“, sagt Berner Wirtschaftsrechtler Peter Kunz dem Tagesanzeiger. Die Schweizer Banken seien in allen Punkten **dem Ermessen der USA ausgeliefert**. „Das ist ein wesentlicher Mangel der Vereinbarung“, kritisiert CVP-Ständerat Pirmin Bischof.

Das Abkommen enthält Regelungen für über 100 Banken, die US-Konten führen und im Verdacht stehen, Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu leisten. Unter den Banken befinden sich auch **Credit Suisse**, die **Bank Julius Bär** und die **Kantonalbanken** von Basel und Zürich.

Steuersündern droht nun ein Bußgeld von 20 bis 50 Prozent der Spareinlagen. Die Banken in der Schweiz, gegen die noch kein Verfahren läuft, müssen ihre US-Geschäfte den amerikanischen Justizbehörden vorlegen und die Angaben auf eigene Kosten von Steuerprüfern bestätigen lassen.

Solche Schweizer Banken, die unversteuerte US-Gelder auf ihren Konten führen, werden der Kategorie zwei zugeteilt. Ein Wechsel die Kategorie drei (Banken ohne US-Gelder) ist nachträglich nicht mehr möglich. „So werden die meisten Banken von Anfang an in die schwerwiegendere Kategorie zwei gezwungen, mit all den Folgekosten“, sagte Bischof.

Die Rechte von an Bankgeschäften beteiligten Dritten wurden gestärkt. Externe Vermögensverwalter, Treuhänder, Trustverwalter, Buchhalter, Finanzberater und Anwälte erhalten **stärkere Beschwerderechte**, als es noch in dem Juni-Entwurf Lex USA der Fall war. Sie können sowohl die Beteiligung einer Bank am Programm wie auch das ganze Programm zu Fall bringen», sagt Kunz. Das sei jetzt ein «hausgemachtes Problem» der

Schweizer Banken. Allerdings ist die Rechtssicherheit dieses Beschwerdeverfahrens umstritten.

Banken, die ihre Geschäfte freiwillig offenlegen, können **straffrei** bleiben. «Für Individuen ist die Möglichkeit jetzt explizit ausgeschlossen», sagte Bischof. Es bleibt abzusehen, ob die Schweizer Gerichte das neue Steuer-Abkommen nicht doch noch zu Fall bringen, sollten betroffene Kontoinhaber in der Schweiz deswegen ein **Klagewelle** auslösen. In diesem Fall behält sich die USA das Recht vor, das Programm für ungültig zu erklären. Für FDP-Finanzpolitiker Ruedi Noser haben die hohen Bußgelder gegen Kontoinhaber einen „schalen Nachgeschmack eines Ablasshandels“.

- 1. September 2013 um 08:10

Krisengold sagt:

Mein Mitleid für die Schweizer hält sichern Grenzen. Seit Widmer-Schlumpf vor allem von den linken Zeitungen wie Blick und Tagesanzeiger gefeiert wird und der normale Schweizer es mit sich machen lässt, was will man da machen???

Ich glaube fast das Widmer-Schlumpf von dem Amis erpresst wird, denn sonst würde kein Politiker solch eine Politik zum Verrat des eigenen Volkes machen, es sei denn er ist geistig krank.

Ein US_Politiker würde dies nie tun !!!!

PS: bei uns in der BRD GmbH ist es nicht besser.

Aber wir haben ja nicht mal das Mandat der Volksabstimmung.

Antworten



1. September 2013 um 17:09

Falcone sagt:

@Krisengold

>und der normale Schweizer es mit sich machen lässt, was will man da machen???

Bitte nicht verallgemeinern. Was soll ich machen? Mit einer Schrotflinte nach Bern fahren? Kann auch nur Abstimmen!

Mit dem sonstigen Inhalt hast Du natürlich recht.

Antworten



2. September 2013 um 05:03

Pro Libertate sagt:

Widmer-Schlumpf hat ihren Job nur erhalten, weil sie ihre eigene Partei betrogen hat, um mit deren Erzfeinden zu paktieren.

Ich sagte damals sofort voraus, dass sie nach der Partei auch das Land verraten werde und genau so ist es gekommen.

Aber in der Tat, was sollen wir tun?

Die Verantwortung liegt ganz beim Parliament.

Antworten



• 1. September 2013 um 11:24

GoldMorgs sagt:

” IRS kann Anzeige gegen Schweizer Banken erstatten.”

Merkwürdigerweise haben der deutsche Bundesstaatsanwalt und der schweizerische nicht die Wallstreet bankster bankster Banken der amerikanische GoldMorgs verfolgt obwohl sie die Bankenkrise in 2008 hochgefahren haben mit schwerverbrecherischen ungeheueren Shortcrashangriffen und die amerikanische GoldMorgs somit Tausende Milliarden geplündert haben und dabei zehnfach mehr Schäden verursacht haben.

Das der niederlandischen Staatswanwalt trotz Anzeigen durch eine politische Partei (www.ayaan.de/D/Z/N) verfolgt hat ist nicht erstaunlich. Die niederlandische Politiker sind Bediente der GoldMorgs und lassen meine Heimat als Tor für Angriffe gegen Deutschland misbrauchen

Antworten



• 1. September 2013 um 12:47

Bismark sagt:

Das gesamte Bankensystem ist ein großes Betrugssystem!
Deshalb sollte jeder seine Papierwährung in Edelmetalle wechseln.
Damit ist man erst mal raus aus diesem Ponzi System!

gruss, Bismark

Antworten



• 1. September 2013 um 15:09

Capraio sagt:

soll ich sagen; schade um das viel Geld...

Nein im Gegenteil; weg mit diesem Blutgeld, die Amis werden sich noch Wundern.

Wer zuletzt lacht, lacht am Besten.

Und alle andern, die sich mit ihrem dreckigen Geld MEINE HEIMAT kaufen, sollen sich verpi..en.

Schade um dieses einst schöne Land, was in den letzten Jahren hier mit dem Bauboom und Spekulation, aus reiner Profitgier verbrochen wurde ist eine Schande!

Geld macht nicht glücklich.

Antworten



• 1. September 2013 um 21:35

reiner tiroch sagt:

50% lesen sich für mich wie 50% Zwangenteignung vor der alle Angst haben, gell?

Antworten



• 2. September 2013 um 09:15

AJD sagt:

Denke die Busse wird der einen oder anderen Bank das Genick kosten.

Was dann dank der Finma auf den Sparer übertragen wird. Siehe Zypern.

Es stellt sich die Frage, ob die Amis die Schweiz erpresste, oder ob die gute Frau einfach zu nett ist. Sicher haben die Abhörmaßnahmen der NSA geholfen einen guten Deal rauszuholen. Mit den verbrecherischen Banken habe ich wenig Mitleid, denn das Bankgeheimnis war nie dafür da, anderen Staaten ihre Steuern zu stehlen.

Antworten



• 2. September 2013 um 10:13

Springfield sagt:

Die Angelegenheit scheint die NSA zu entlasten. Eigentlich sollte man annehmen, dass mit Hilfe der BIZ und aller Überwachungsmöglichkeiten den Amerikaner nichts verborgen bleibt. Warum dann das ganze Spektakel?

Antworten



• 2. September 2013 um 13:28

Christiane sagt:

Das habe ich schon Jahre erzählt: öffnet die Konten in der Schweiz und dann gibt es keine Krise mehr

Love and light